

**Rede von IHK-Präsident Dr. Richard Weber vor der CDU in Merzig  
9. September 2005**

**Gedanken zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik**

Exzellente Namen schmücken im Wahlkampf. Nach Paul Kirchhof hat Angela Merkel mit der Berufung von Heinrich von Pierer zu ihrem Wirtschaftsberater zweifellos einen weiteren Mediencoup gelandet.

Mich interessieren heute aber weniger solche wahltaktischen Manöver. Mein Interesse an der Berufung von Pierers ist grundsätzlicher. Es richtet sich auf das Verhältnis von Wirtschaft und Politik im allgemeinen.

Hierüber möchte ich mit Ihnen sprechen. Herzlichen Dank für die Einladung dazu.

Meine Damen und Herren,

das Verhältnis Wirtschaft – Politik hat mich seit jeher interessiert. Und in den letzten Tagen hat es mich verstärkt beschäftigt. Der Anlass hierzu war ein Kommentar in der Financial Times Deutschland, in dem Heinrich von Pierer als die *gelungene Symbiose von Wirtschaft und Regierungspolitik* beschrieben wurde.

Bekanntlich versteht man in der Biologie unter Symbiose das Zusammenleben verschiedener Arten zum gegenseitigen Vorteil. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Verschiedene Arten – unterschiedliche Spezies also seien Unternehmer und Politiker. Und: Ein Glücksfall, wenn man diese unterschiedlichen Spezies in einer Regierung vereinigen könnte. So die Financial Times.

Nun, was ist davon zu halten? Ist es wirklich so, dass Unternehmer und Politiker grundsätzlich anders „gestrickt“ sind? Und wenn ja, wie weit hängt das mit ihren Erfahrungswelten zusammen? Genetische Unterschiede können wir ausschließen. Denn in den letzten 50.000 Jahren hat sich der Mensch genetisch im wesentlichen nicht verändert.

Vergleichen wir also: Hier der Unternehmer, der es gewohnt ist, schnell zu entscheiden. Und da der Regierungspolitiker, der auf einen Koalitionspartner Rücksicht nehmen und sich bei seinen eigenen Parteigremien rückversichern muss. Entsprechend lang dauern politische Entscheidungen.

Ein Grund dafür ist das deutsche Wahlrecht. Das bei uns praktizierte Verhältniswahlrecht erschwert absolute Mehrheiten und lässt folglich fast nur Koalitionsregierungen zu. Wir sollten uns deshalb fragen, ob das überhaupt noch zeitgemäß ist. Mit einem Mehrheitswahlrecht (Stichwort: The winner takes all) entfielen zumindest der Koalitionszwang. Entscheidungen könnten so schneller und kompromissloser getroffen werden. Fast wie in einem Unternehmen.

Von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement ist der Stoßseufzer überliefert: „Lieber Gott gib mir Geduld – das aber sofort.“ Damit hat er nicht nur freimütig auf eine seiner Charakterschwächen hingewiesen. Sein Hilfeschrei richtete sich auch gegen die Welt der Umlaufmappen. Denn trotz modernster Kommunikationsmittel sind Gitter- oder Umlaufmappen immer noch die bevorzugten Informationsmedien. Nicht nur in der öffentlichen Verwaltung – auch in Kabinettsitzungen.

Vielleicht liegt hier ja schon eine Antwort, warum so wenige Unternehmer in die Politik gehen. Die politische Mühlen mahlen einfach zu langsam. Man muss schon von zu Hause aus eine gehörige Portion Langmut mitbringen, um in dieser Welt nicht die Geduld zu verlieren. Solche Menschen sind Unternehmer nun mal nicht. Und sie können es auch gar nicht sein in einer Zeit, in der der Schnelle den Großen schlägt.

Ein weiterer Grund, als Unternehmer nicht in die Politik zu gehen, ist der Verlust von Unabhängigkeit. Auch dafür können wir den ehemaligen Siemenschef als Kronzeugen heranziehen. Anders als unser Ministerpräsident Peter Müller, der ja im Kompetenzteam von Angela Merkel die Rolle eines designierten Wirtschafts- und Arbeitsministers wahrnimmt, gehört von Pierer diesem Gremium nicht an. Er wurde nicht als (Schatten-)Minister, sondern als Vorsitzender eines zehnköpfigen „Rats für Innovation und Wachstum“ berufen. Er wird Frau Merkel – Wahlsieg vorausgesetzt – also „nur“ als Berater dienen. Dadurch kann er seine politische Unabhängigkeit wahren.

Meine Damen und Herren,

für mich wäre alles andere auch kaum vorstellbar: Jemanden, der über Jahrzehnte relativ frei schalten und walten konnte, den kann man nicht in ein Kabinettskorsett zwingen. Insofern kam die Absage auf das Angebot von Frau Merkel, Minister zu werden, für mich auch nicht überraschend.

Ein weiterer Aspekt sind die unterschiedlichen Verdienstmöglichkeiten in der Wirtschaft und in der Politik. Erfolgreiche Unternehmer verdienen ein Vielfaches von dem, was man in der Politik verdienen kann. Zu Recht oder zu Unrecht - darüber ist zuletzt bei uns wieder viel gestritten worden. Ich möchte diese Diskussion hier jetzt nicht aufwärmen.

Lassen Sie mich stattdessen nur auf die möglichen Konsequenzen von falschen Entscheidungen in der Politik und in Unternehmen eingehen.

Wenn ein Unternehmer aufs falsche Pferd setzt, dann kann das bis zum Verlust von Hunderten von Arbeitsplätzen und seines eigenen Vermögens führen. Das geht in unserer schnelllebigen und wettbewerbsintensiven Welt schneller als man gemeinhin denkt. Ein Unternehmer wird deshalb in der gebotenen Kürze bei jeder Entscheidung Chancen und Risiken genau abwägen. Denn letztlich steht immer seine Existenz und die seiner Mitarbeiter auf dem Spiel.

Falsche Regierungsentscheidungen können zwar auch den Verlust unzähliger Arbeitsplätze bedeuten. Das einzelne Regierungsmitglied selbst zahlt aber schlimmstenfalls mit dem Verlust seines Ministerpostens –gewöhnlich mit Pensionsansprüchen.

Es mag ketzerisch klingen, aber dennoch: Sollte man nicht die Ministergehälter erfolgsabhängig machen? Wie wäre es wohl, wenn wir Kabinettsmitglieder nach dem Stand der Arbeitslosigkeit bezahlt werden? So wie in der Wirtschaft Vorstandsmitglieder nach Aktienkurs bezahlt werden. Ich bin überzeugt davon, dass wir dann unser Arbeitslosenproblem bald gelöst hätten.

So wie es in der Wirtschaft keine rechte oder linke Unternehmenspolitik gibt, gäbe es dann auch keine rechte oder linke Wirtschaftspolitik mehr. Sondern nur noch eine gute oder schlechte - beziehungsweise eine erfolgreiche oder weniger erfolgreiche. Vielleicht gelänge es dann ja auch, ein Gesundheitssystem zu etablieren, das eine Rendite von acht Prozent erwirtschaftet.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich noch grundsätzlicher werden. Deutschland muss saniert werden, darin sind sich alle einig. Heftigst gestritten wir nur über den Weg, wie das am besten geschehen sollte. Von der neuen Linkspartei abgesehen, sind sich auch alle einig, dass wir mehr Marktwirtschaft brauchen.

Warum den Staat dann nicht so sanieren, wie Unternehmen saniert werden? Streng marktwirtschaftlich! Sicher – wir können nicht lebensfähige Landesteile nicht einfach stilllegen oder an das Ausland verkaufen, so wie unrentable Unternehmensteile abgestoßen werden.

Doch warum trennen wir uns nicht von der Illusion, überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen zu können? Warum lassen wir nicht mehr Unterschiede zwischen den Regionen zu?

Stellen Sie sich einmal vor, es gäbe zwischen rentablen und unrentablen Unternehmen einen Finanzausgleich. Die rentablen müssten dann Teile ihres Gewinns an die weniger erfolgreichen Unternehmen abführen. Ganz so wie auf der politischen Ebene heute starke Bundesländer schwache alimentieren müssen. Was glauben Sie, wie unsere Unternehmenslandschaft dann innerhalb kürzester Zeit aussähe? Oder einfacher gefragt: Wer würde dann noch ein Unternehmen gründen oder führen wollen?

Für ebenso erforderlich halte ich auch eine Reorganisation des Staates. Warum sollten wir ihn nicht so organisieren wie ein Unternehmen? Denken Sie nur an die Eigenmächtigkeit der Administration. An ihr hat sich schon mancher Minister die Zähne ausgebissen. Von Otto Schlecht, dem legendären Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums, stammt der Ausspruch: „Egal, wer dirigiert, wir spielen immer Beethovens Neunte.“

Kein Unternehmer würde sich so etwas gefallen lassen. Ein Minister muss es sich gefallen lassen, denn das Dienstrecht gibt ihm kaum Sanktionsmöglichkeiten. Ist es deshalb nicht ratsam, auch im öffentlichen Dienst marktwirtschaftliche Anreizstrukturen einzuführen? Schließlich hängt die Qualität der Politik entscheidend von der Fähigkeit der Verwaltung ab.

In diesem Zusammenhang rufe ich noch einmal die vielen handwerklichen Fehler der gegenwärtigen Regierung in Erinnerung. In jedem privaten Unternehmen wären die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft gezogen worden. Der ein oder andere hätte sich

vermutlich nach einem neuen Arbeitgeber umsehen müssen. Mir ist nicht bekannt, dass auch nur ein öffentlich Bediensteter entsprechend sanktioniert wurde.

Meine Damen und Herren,

wenn ich mehr Marktwirtschaft einfordere, dann meine ich damit auch mehr marktwirtschaftliches Denken: Denken in den Kategorien des Marktes und nicht allein in den Bahnen eines fürsorglichen Staates. Denn öffentliche Fürsorge ist so nicht mehr finanzierbar. Zu sozial ist unsozial. Paradoxe Frage: Wieso erwirtschaften nur privatwirtschaftlich geführte Krankenhäuser Erträge?

Immer wieder heißt es, der *Staat* müsse sparen, um sich *neue Spielräume eröffnen* zu können. Ist das wirklich so? Braucht der Staat neue Spielräume? Welche sollten das denn sein? Ist der Staatseinfluss bei uns denn nicht schon groß genug? Sollen noch mehr Wohltaten verteilt werden? Oder denken Sie an die vielen Bereiche, in denen der Staat sich bei uns in die Wirtschaft einmischt. Etwa auf der kommunalen Ebene an die Sparkassen oder andere Unternehmensbeteiligungen, die nicht selten zu Lasten reiner Privatfirmen gehen. Von mehr marktwirtschaftlichem Denken in der Politik würde es zeugen, wenn der Staat sich zurückzöge, um so größere *Spielräume für Privatinitiative* zu schaffen. Kann dies ein Parteipolitiker überhaupt akzeptieren, sich selbst teilweise überflüssig zu machen?

Der Chefredakteur des Handelsblatts, Bernd Ziesemer, hat den Konflikt, um den es hier geht, mal so beschrieben: „Wir treiben Gewerbesteuer ein, um sie anschließend für Gewerbesteuersparnisse auszugeben.“ Das ist doch absurd: Wir beschneiden die Wachstumsspielräume florierender Unternehmen, um anderen Unternehmen Wachstumschancen zu geben. Bestenfalls ist das ein Nullsummenspiel. Üblicherweise kommt aber ein Verlust dabei heraus. Wäre es da nicht besser, die Kommunen ließen die Finger davon? Und ließen das Geld denen, die es sinnvoller verwenden können?

Meine Damen und Herren,

in unzähligen Reden haben Politiker aller Couleur immer wieder den berühmten Herzog-Ruck beschworen, der durch das Land gehen müsse. Er will aber einfach nicht kommen. Auch im anstehenden Wahlkampf glänzt er durch Abwesenheit. Helmut Kohl wollte 1982 immerhin noch eine geistig-moralische Wende in Szene setzen. Die heutigen Parteien sind von solchen Überhöhungen weit entfernt. Woher soll dann aber der Ruck, die Aufbruchstimmung kommen? Die wirtschaftspolitischen Wahlprogramme der großen

Parteien sind dafür doch zu mut- und kraftlos und haben alle nur ein Thema, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Was aber tun, wenn sich der Ruck trotz aller Beschwörungen nicht einstellt, der mentale Turnaround ausbleibt?

Unternehmer kennen solche Situationen. Und damit fertig zu werden, ist ihr Geschäft. Wir haben gelernt, mit Knappheiten umzugehen. Als Unternehmer müssen wir uns tagtäglich neuen Marktgegebenheiten anpassen. Vor allen Dingen aber müssen wir unsere Unternehmen von Zeit zu Zeit grundlegend neu ausrichten.

Das ist nicht leicht und mit dem berühmten Ruck in der Politik vergleichbar. Ein großer Ruck bei Karlsberg war die Einführung von Mixery. Diese Innovation hat alle Mitarbeiter mitgerissen, neue Impulse gesetzt und zu einem guten Teil auch die gesamte Unternehmenskultur umgekrempelt.

Ich bin deshalb stark geneigt zu fragen: Wo ist Ihr Mixery? Wo ist das Angebot der Politik, das uns wachrüttelt? Das Mixery der sozialliberalen Koalition unter Brandt und Schmidt war die Ostpolitik. Das Mixery der späten Kohlregierung war die deutsche Einheit. Und heute? Wohin man auch blickt, kein ähnliches Angebot weit und breit.

Wäre es da nicht lohnend, sich einmal Gedanken darüber zu machen, mit welchem Politikangebot der dringend notwendige Mentalitätswechsel am besten zu bewerkstelligen wäre? Kommt der Mentalitätswechsel automatisch, demographisch?

Ohne Vision wird man da nicht weiterkommen. Haben Sie eine? Haben Sie sich mal Gedanken gemacht, wie unser Land in zehn Jahren aussehen soll oder wird?

Im Wahlkampf habe ich darüber eigentlich nichts gehört. Dabei soll es sich doch um eine Schicksals- oder zumindest Richtungswahl handeln. Kann es sein, dass wir vor einer Richtungswahl ohne Richtung stehen? Und wenn dem so ist, versteht es sich dann nicht von selbst, dass das Heer der Nichtwähler immer größer wird? Als Unternehmer könnten wir es uns gar nicht erlauben, einen so großen Markt unbeackert zu lassen. Wissen Sie überhaupt noch, wo Ihr Markt ist, was Ihre Zielgruppen sind?

Meine Damen und Herren,

Ihnen wird aufgefallen sein, dass ich mehr Fragen gestellt, als Antworten gegeben habe. Dahinter steht meine Überzeugung, dass wir unsere Probleme nur lösen können, wenn wir die richtigen Fragen neu stellen. Ganz abgesehen davon schützt mich diese sokratische Methode vor dem leisen Spott, den George Burns einmal so formuliert hat: „Zu dumm, dass alle, die wissen, wie man richtig regiert, mit Taxifahren und Haareschneiden (und Bierbrauen) beschäftigt sind.“

Und schon John F. Kennedy hat gesagt: „Manche Menschen sehen die Dinge, wie sie sind, und fragen: Warum? Ich träume von Dingen, die es nie gab, und frage: Warum nicht?“